

J. Greidinger

GEWERKSCHAFT, ARBEITERREGIERUNG UND STREIK

Beim diesjährigen „Europäischen Gespräch“ in Recklinghausen hat *Eugen Kogon* auch die Frage untersucht, ob die Gewerkschaft als soziale Gruppe Mehrheit werden und somit die Legislative übernehmen könne. Er hat die Möglichkeit bejaht und auf das Beispiel der britischen Trade Unions hingewiesen. Aber gerade die Entwicklung in Großbritannien hat sehr interessante Wandlungen in der Beziehung zwischen Gewerkschaften und politischer Arbeiterpartei gezeigt, Wandlungen, die in der Analyse Eugen Kogons keine Berücksichtigung fanden.

Die Gewerkschaften in Großbritannien haben früh erkannt, daß sie zur Durchsetzung und Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte Einfluß auf die Legislative und den staatlichen Apparat brauchten. Die Labour Party wurde für diesen Zweck geschaffen. Sie war keine sozialistische Partei im kontinentalen Sinne. Noch nach 1945 gab es Kreise innerhalb der Partei, die sich gegen die Bezeichnung „sozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ wandten. Heute bekennt sich die Labour Party offen zum Sozialismus. Fünf Regierungsjahre haben aber nicht nur den Inhalt der Labour Party geändert, auch das Verhältnis Partei/Gewerkschaft ist offensichtlich modifiziert worden. Während früher die Gewerkschaften die primäre Kraft waren, ist nun die Partei genötigt worden, die führende Rolle zu übernehmen. Das bedeutet nicht, daß die Gewerkschaften keinen Einfluß auf die politische Haltung der Partei haben. Aber es hat sich gezeigt, daß

die Politik der Partei, besonders in den Regierungsjahren, von allgemeinen Interessen bestimmt war, und nicht nur von speziellen Gewerkschaftsinteressen.

Während der Gespräche in Recklinghausen haben alle Teilnehmer von den „Gewerkschaften“ gesprochen, als ob die Gewerkschaften ein Ganzes wären. Man kann dies tun, solange man den Gewerkschaften das Unternehmertum als Gegenspieler entgegensetzt. Die einzelnen Gewerkschaften sind darüber hinaus aber die Vertreter von Sonderinteressen der Arbeiter. Im Kampfe um die Anerkennung der Gewerkschaften werden die Sonderinteressen in den Hintergrund gedrängt. Ist dieses Ziel aber erreicht, brechen die Gegensätze aus. Das Gruppeninteresse stellt sich gegen das Allgemeininteresse oder die Gruppeninteressen prallen aufeinander, und die Arbeiterregierung muß im Interesse der Allgemeinheit eingreifen.

Diese Schwierigkeiten müssen auftreten, ob man sich nun vorstellt, daß die „Gewerkschaften“ selbst als Gesamtorganisation, als „Bund“, die Regierungsgeschäfte übernehmen, oder ob sie „ihre“ Partei damit beauftragen. Sobald dies geschieht, ändern sich verschiedene Konzeptionen der Gewerkschaftsbewegung. Das erkannten die Kritiker von John Hynd (London) nicht. Er hatte in Recklinghausen erwähnt, und zwar ganz nebensächlich und für ihn selbstverständlich, daß unter einer Arbeiterregierung der Streik zu einer unsozialen Waffe werde. Dies ist ihm sehr übelgenommen worden. Man sah darin einen Verrat an den Prinzipien der gewerkschaftlichen Tradition. Die Kritik zeigte, daß man die grundsätzlichen Wandlungen in dem Verhältnis der Gewerkschaften zum Staate unter einer Arbeiterregierung nicht begriffen hatte.

Der Streik ist von den Arbeitern immer als eine wesentliche Waffe im Kampfe gegen die Unternehmerschaft und für die Verbesserung der Lebenshaltung betrachtet worden. Rein gefühlsmäßig haben die Arbeiter sich auf die Seite der Streikenden gestellt, wo immer solch ein Streik stattfand. Die englische Arbeiterschaft hat den Streik auch gekannt, anerkannt und benutzt. Das zeigt schon der Name an, der aus dem Englischen kommt. Und trotzdem fühlte sich Hynd berechtigt, den Streik unter einer Labour-Regierung als unsozial abzutun. Ja, etwas Ungeheuerliches war einige Male unter der Regierung Attlee geschehen. Während verschiedener Hafenarbeiterstreiks hatte die Regierung Soldaten zur Löschung von Schiffen herangezogen. Man stelle sich vor, welchen Aufruhr solch eine Handlung sonst hervorrufen würde! Aber abgesehen von einigen Stimmen, die sich aus bestimmten Gründen dagegen auflehnten, haben die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Vertreter nichts dagegen unternommen. Die Maßnahmen wurden gebilligt. Hatten die britischen Gewerkschaften ihre vormaligen Prinzipien verraten?

Das war keineswegs der Fall. Was sich zeigte, war die plötzliche Wandlung, die mit der Übernahme der Regierung durch eine Arbeiterpartei folgerichtig eintrat. Einmal sahen die Arbeiter, und die Gewerkschafter in erster Linie, daß die Regierung jetzt ihre Regierung war. Man war bemüht, ihr so wenig Schwierigkeiten wie möglich zu machen. Natürlich gab es Spannungen zwischen Gewerkschaften und Regierung. Aber es waren nicht mehr Spannungen zwischen den Gewerkschaften als Vertretern der Interessen der Arbeiter und einer Regierung, die die Interessen der Unternehmer vertrat. Die Gegensätze, die auftraten, bestanden zwischen speziellen Gruppen von Arbeitern, manchmal von ihren entsprechenden Gewerkschaften vertreten, manchmal auch nicht, und einer Regierung, die die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft und des Volkes gemeinhin vertrat. Diese Konflikte gibt es immer, auch unter dem kapitalistischen System. Sie werden aber überschattet von dem gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum. Unter einer reinen Arbeiterregierung, mag sie auch aus Ge-

werkschaftern zusammengesetzt sein, kommen diese Konflikte zum Ausbruch. Sie werden notwendigerweise zu Konflikten mit der Regierung als der Vertreterin der Allgemeininteressen.

Vielleicht darf an Beispielen illustriert werden, welche Verhältnisse auftreten können. Nach der Nationalisierung der Kohlenindustrie in Großbritannien versuchte die Gewerkschaft der Bergarbeiter, auch das Gewerkschaftswesen innerhalb dieser Industrie zu rationalisieren. Sie bestand darauf, als die einzige Vertretung aller Arbeitnehmer in dieser Industrie angesehen zu werden. Da die Kohlenförderung von größter Bedeutung ist, hatte die Regierung alles Interesse, Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Aus mehrfachen Gründen war die Neuordnung der gewerkschaftlichen Organisation begrüßenswert. Man konnte daher gegen den Wunsch der mächtigen Gewerkschaft der Bergarbeiter nichts einwenden. Da waren aber einige kleinere Gewerkschaften von Spezialarbeitern, die sich gegen das Verschlucktwerden auflehnten. Die Förderkorb-Maschinisten u. a. konnten auf eine lange Tradition ihres Verbandes hinweisen. Sie drohten mit dem Streik. Nicht nur der Bergbau, sondern die wesentlichsten Industrien des ganzen Landes und damit die Lebensbedingungen der Arbeiter waren in Gefahr. War ein solcher Streik unsozial oder nicht? Sollte die Regierung gegen irgendwelche Streikbrecher einschreiten? Auch wenn diese Streikbrecher Mitglieder der Bergarbeiter-Gewerkschaft waren, gegen die sich der Streik in erster Linie richtete?

Man kann sagen, daß dieses Beispiel an den Haaren herbeigezogen ist und einmalig war. Obwohl es nicht schwer wäre, die Zahl solcher Möglichkeiten zu vermehren, ist es viel wichtiger, auf ein anderes Problem hinzuweisen. Eine Arbeiterregierung oder sagen wir sogar eine Gewerkschaftsregierung muß sehr bald daran gehen, nicht nur das Wirtschaftsgefüge zu reorganisieren, sondern sie wird sich auch neuen Lohnproblemen gegenübersehen. Eine grundsätzliche Lohnpolitik haben die Gewerkschaften als Gesamtheit nicht entwickelt. Wo immer die Möglichkeit bestand, haben die einzelnen Gewerkschaften für ihre Mitglieder die besten Löhne und die günstigsten Bedingungen herausgeholt. Unter einer Gewerkschaftsregierung, wie sie vielleicht Eugen Kogon vorschwebte, taucht das Lohnproblem als Ganzes auf. Die britischen Gewerkschaften haben bisher die Lösung dieses Problems vermieden.

Es ist denkbar, daß z. B. die Bergarbeiter, weil sie eine Schlüsselstellung in der Industrie des Landes haben, auf einer Lohnerhöhung bestanden hätten. Sie hätten mit einem Streik drohen können. Ein solcher Streik kann unsozial sein und muß es sein, wenn es im Allgemeininteresse liegt, den Kohlenpreis niedrig zu halten und wenn die Löhne der Bergarbeiter schon an sich weit über dem Durchschnitt liegen. Eine Arbeiterregierung (dies immer im Sinne einer Gewerkschaftsregierung oder einer Regierung von Gewerkschaftern) mag z. B. die Absicht haben, anderen Arbeitergruppen eine Lohnerhöhung zu gewähren, weil dies aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gerechtfertigt ist. Um die Landflucht aufzuhalten und die bedrohte Ernährungsbasis des Landes zu verbessern, hatte die Labour-Regierung die Löhne der Landarbeiter wesentlich erhöht. Die Landarbeiter waren gewerkschaftlich schwach, aber es war eine Politik auf lange Sicht und im Interesse der Allgemeinheit. In einer gelenkten Wirtschaft können die Löhne benutzt werden, um die Richtung dieser Wirtschaft zu beeinflussen. Eine solche Politik muß weise benutzt werden, aber es wird immer wieder vorkommen, daß Entscheidungen anderen Gruppen unsympathisch sind. Wenn diese Gruppen gegen diese Maßnahmen mit Streik antworten, dann richtet sich dieser Streik nicht mehr gegen den ausbeuterischen Unternehmer, sondern gegen eine Regierung der Gewerkschafter und in letzter Instanz gegen andere Gruppen der Arbeiterschaft. Das ist der Hintergrund, gegen den man die Äußerungen Hynds über den unsozialen Streik sehen muß.